
Briefmonopol
Verbraucher belastet

Die Telekommunikationsminister der EU haben vor Weihnachten keine Einigung über die weitere Liberalisierung des Postverkehrs erzielen können. Aufgrund der blockierten Liberalisierung hat Bundeswirtschaftsminister Müller angekündigt, das Monopol der Deutschen Post für Briefe bis 200 g und Infopost bis 50 g zu verlängern, welches Ende des Jahres 2002 auslaufen sollte. Er begründet dies damit, daß erhebliche Nachteile für die Post entstehen könnten, wenn sie früher als andere europäische Unternehmen dem Wettbewerb ausgesetzt würde.

Auf den ersten Blick erscheint die Entscheidung des Ministers verständlich: Wenn die deutsche Post nicht den französischen Markt bedienen darf, dann soll die französische Post auch nicht auf dem deutschen Markt tätig sein dürfen. Die geplante Verlängerung des Briefmonopols ginge jedoch vor allem zu Lasten der Verbraucher: Unter Wettbewerbsbedingungen dürfte das Briefporto langfristig deutlich niedriger sein als im Monopol. Negativ betroffen wären auch viele Konkurrenzunternehmen der Deutschen Post, die im Vertrauen darauf, daß der deutsche Briefmarkt zügig liberalisiert wird, Investitionen getätigt haben.

Häufig wird auch argumentiert, die Post müsse geschützt werden, damit sie die finanziellen Mittel für eine Modernisierung aufbringen könne. Technischer Fortschritt entsteht jedoch gerade dann, wenn der Wettbewerb die Konkurrenten zu Effizienzfortschritten zwingt. Eine Liberalisierung würde vermutlich die Modernisierung der Post eher beschleunigen als die Beibehaltung des Monopols. Insofern erscheint auch das fiskalische Argument für einen Aufschub der Liberalisierung wenig tragfähig. Der Bund ist Mehrheitsaktionär der Post und will weitere Aktienanteile an die Börse bringen. Ob aber für ein ineffizient arbeitendes Monopolunternehmen ein höherer Erlös zu erwarten ist als für eine modernisierte wettbewerbsfähige Post, darf bezweifelt werden. ke

Internetapotheken
Verkrustete Strukturen aufbrechen

Die Landgerichte Frankfurt und Berlin haben kürzlich zwei gegensätzliche Urteile zum Betrieb der niederländischen Internetapotheke Doc. Morris gefällt. Wäh-

rend die Berliner entschieden, daß der Verkauf von Arzneimitteln über das Internet auf der Grundlage einer EU-Ausnahmegvorschrift erlaubt sei, sehen die Frankfurter einen Verstoß gegen das deutsche Arzneimittelgesetz.

Die niederländische Apotheke hatte im Juni letzten Jahres – ermutigt durch die kurz zuvor verabschiedete E-Commerce-Richtlinie – den Internethandel aufgenommen. Auf der Basis der EU-Richtlinie, die auf dem Herkunftslandprinzip basiert, schien es möglich, Arzneimittel nach dem niederländischen Recht auch in Deutschland zu vertreiben. Die neuen Wettbewerber sind den deutschen Apothekern, die auf dem stark reglementierten deutschen Pharmamarkt ein gutes Auskommen haben, ein Dorn im Auge.

Tatsächlich ist der Kern des Problems aber nicht der Versandhandel, vielmehr beunruhigen die deutschen Apotheker, die mit festen Gewinnmargen rechnen können, die günstigen Preise des Konkurrenten aus den Niederlanden. Dieser verspricht – unbelastet von den deutschen Preisbindungen –, im Durchschnitt 20% billiger anzubieten als sie. Angesichts rasant steigender Pharmapreise und überschrittener Arzneimittelbudgets in Deutschland wollen einige Krankenkassen ihren Patienten empfehlen, die günstigeren Angebote aus dem Internet zu nutzen. Mit Hilfe der EU könnte es den Krankenkassen gelingen, die verkrusteten Strukturen im Apothekenbereich und die Preisbindungen für Medikamente aufzubrechen. Dann würden sich – wie schon beim Rabattgesetz, das letztlich auch durch die E-Commerce-Richtlinie zu Fall gebracht wurde – einmal wieder EU-Bestimmungen als segensreicher Hebel für eine Liberalisierung überholter Strukturen erweisen. er

Arbeitslosenversicherung
Weitere Entlastung sinnvoll

Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland im Jahresdurchschnitt 210000 Arbeitslose weniger als im Jahr zuvor. Für die Jahre 2001 und 2002 wird mit weiteren Rückgängen der Arbeitslosigkeit gerechnet, und zwar nach Expertenschätzungen um wiederum jeweils 200 000 Arbeitslose. Dies bedeutet eine erhebliche Entlastung der Kassen der Bundesanstalt für Arbeit. Bei 100000 arbeitslosen Leistungsempfängern, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz bekommen, spart die Bundesanstalt schätzungsweise 3 Mrd. DM an Arbeitslosengeld. Die berechnete Forderung, diese Entlastungen an die Beitragszahlenden weiterzugeben, fand nicht nur

beim Präsidenten der Bundesanstalt, sondern auch bei Fraktionsmitgliedern aus den Regierungsparteien Unterstützung.

Allerdings hatten sie die Rechnung ohne den Bundeskanzler und den Bundesarbeitsminister gemacht, die eine Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung für das laufende Jahr ablehnen, da man keinen finanziellen Spielraum dafür habe, denn ab 2001 entfällt der Zuschuß des Bundes von etwa 2 Mrd. DM an die Bundesanstalt für Arbeit. Dies komme allen Steuerzahlern insofern zugute, als dadurch die Verschuldung des Bundes sänke. Berechnungen für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit weisen aber einen Überschuß in diesem Jahr von etwa 1,5 Mrd. DM aus, der im nächsten Jahr mit 6,5 Mrd. DM noch deutlich höher wird; und dies unter Berücksichtigung aller Leistungen, die in diesem Jahr statt vom Bund nun von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden. Für eine Senkung um 0,5% im 4. Quartal 2001 sind die Mittel allemal vorhanden. Dies würde ein Zeichen setzen, daß die Entlastung der hohen deutschen Lohnnebenkosten anhält und wirtschaftspolitisches Ziel der Bundesregierung bleibt. dw

Euro-Umstellung Wer trägt die Kosten?

Mit dem Jahreswechsel rückt der Zeitpunkt der Bargeldumstellung auf den Euro, der per 1. Januar 2002 beginnt, näher. Der Kapitalverkehr an den Finanzmärkten wurde schon Anfang 1999 problemlos umgestellt. Den Bargeldtausch schob man zu Recht noch hinaus. Er beinhaltet eine weitaus kompliziertere strategische Aufgabe, welche die rechtzeitige neue Münz- und Papiergeldproduktion, die Umstellung der Kassen, Computer und Automaten, die sichere Übermittlung und Lagerung des Geldes bei den Zentralbanken, die termingerechte Verteilung an Banken, Handel und Verbraucher, die Vorbereitung von Personal und Bevölkerung sowie die Rückführung alter D-Mark-Bestände umfaßt. Die direkten Kosten werden trotz der umtauschbedingten Halbierung der Geldbestände im Banken- und Einzelhandelssektor auf 19 Mrd. DM geschätzt und bei den Zentralbanken durch den Einsatz von Militär und Grenzschutz lediglich abgemildert.

Inbesondere der Bankensektor fordert nun eine Entschädigung. Da den gesamtwirtschaftlichen Kosten der Umstellung mittelfristig zweifelsohne auch Nutzen im internationalen Waren- und Finanzverkehr

gegenüberstehen, wäre eine Entschädigung aus Steuergeldern höchstens verteilungspolitisch zu rechtfertigen. Nur wenn Banken am Nutzen gar nicht partizipierten und Kosten auch indirekt nicht an Kunden weitergeben könnten, wäre solch ein Schritt vertretbar. Hiervon kann jedoch nicht ausgegangen werden. Die Finanzminister haben sich zudem in weiser Voraussicht im Vorwege schon zur Vermeidung wettbewerbspolitischer Verzerrungen zwischen den EWU-Ländern geeinigt, von Kostenerstattungen abzusehen. Im Endeffekt werden die Kosten aber so oder so von der Gesamtbevölkerung zu tragen sein. de

EWU Griechenland im Euro-Club

Beim ersten Test 1998 fiel Griechenland noch durch. Das Land hatte damals so schlechte Konvergenzwerte, daß Kommission und Ministerrat der EU nicht anders konnten, als die Drachme vorerst nicht in den Gründerkreis der Europäischen Währungsunion aufzunehmen. Doch nun, nach nur zwei Jahren haben die Griechen den Beitritt geschafft. Der Regierung Simitis gelang nahezu ein Wunder. In einem für griechische Verhältnisse beispiellosen Kraftakt der Finanz- und Geldpolitik wurden Inflationsrate und Haushaltsdefizit drastisch reduziert und damit die wichtigsten Konvergenzkriterien erfüllt. Die Wirtschaftspolitik war dann auch verantwortlich dafür, daß die Drachme in letzter Zeit eng am Euro blieb. Der starke Wille, zum Club zu stoßen, hat damit zweifelsohne der griechischen Politik geholfen, Reformen durchzuführen, die anders wahrscheinlich nicht zu schaffen gewesen wären.

Nicht wenige Beobachter sind jedoch eher skeptisch, ob die Konvergenz nachhaltig ist. So bleiben die Privatisierungsanstrengungen noch höchst mangelhaft, und das Land sanierte seinen öffentlichen Haushalt in erheblichem Umfang aus der EU-Kasse. Insgesamt hängt die wirtschaftliche Entwicklung noch immer zu stark am Tropf der EU. Bis 2006 strömen weitere 27 Mrd. Euro nach Griechenland. Bewirken die Mittel auch weiterhin keine ausreichende selbsttragende Wirtschaftsentwicklung, wird das Land mit sinkenden Transfers, z.B. im Zuge der Osterweiterung der EU, große Probleme im europäischen Wettbewerb bekommen. Nicht die Stabilität des Euro durch eine schwache griechische Wirtschaft ist die Gefahr, denn dazu ist das Land mit einem BIP-Anteil von unter 2% zu klein, sondern ungünstige relative Preise zu den Konkurrenten, die nicht mehr durch Währungskorrekturen beseitigt oder gemildert werden können. ww